

Medienevent vom 30. August 2023

Moralisch verwerflich

Referat von Markus Ritter, Präsident Schweizer Bauernverband (es gilt das gesprochene Wort)

Sie haben es gehört: Der Bundesrat will sparen, um die Bundeskasse wieder ins Lot zu bringen. Auch bei der Landwirtschaft. 1300 Franken pro Betrieb sind viel Geld. Oftmals muss bereits jetzt jeder Franken umgedreht werden und schlaflose Nächte von Bäuerinnen und Bauern sind die Folge.

Wenn man dann noch die Forderungen dazu nimmt, wird es erst recht schwierig: Die Bäuerinnen und Bauern sollen innovativ sein, ohne dabei ihre traditionellen Strukturen zu verlieren. Sie sollen möglichst ressourcenschonend und am liebsten ohne Hilfsmittel produzieren, die Produkte müssen aber weiterhin absolut makellos daherkommen. Auch sollen der Biodiversität immer mehr Fläche zur Verfügung stehen, die Menge an produzierten Lebensmitteln sollte aber möglichst wenig darunter leiden.

Als Landwirtin, Bäuerin oder Landwirt sich in diesen Zielkonflikten zu bewegen ist eine sehr grosse Herausforderung und nicht selten mit Frust verbunden. Dabei haben die Bäuerinnen und Bauern in den letzten 20 Jahren enormes geleistet. Sie haben die biologisch bewirtschaftete Fläche verdoppelt, von Jahr zu Jahr leben mehr Tiere in besonders tierfreundlichen Ställen und mit regelmässigem Auslauf ins Freie und sie haben dabei den Produktionswert der Landwirtschaft stabil gehalten. Die Bauernbetriebe nehmen viel auf sich und ein verhältnismässig tiefes Einkommen in Kauf – wie sie von meinen Vorrednerinnen gehört haben. Doch irgendwann ist die Zitrone einfach ausgepresst.

Wenn immer mehr von der Politik gefordert wird, dann muss auch dafür bezahlt werden. Es darf keine offene Schere geben, wie wir sie hier sehen. Wenn man plötzlich weniger als vereinbart entschädigen will, dann muss man zumindest willens sein auch bei den Leistungen Abstriche zu machen. Nur so schliesst sich die Schere wieder. Das Gegenteil ist aber der Fall: Wie bereits erwähnt wurde, werden laufend neue Vorschriften und Massnahmen erlassen. Jetzt müssen die Bauernbetriebe erfahren, dass ihnen in den nächsten Jahren das Budget erneut gekürzt werden soll: Bestellte Leistungen nicht bezahlen, ist Diebstahl. Der Plan des Bundesrats ist deshalb moralisch hochgradig verwerflich.

Die einheimischen Bauernfamilien drohen Opfer einer verfehlten Finanzpolitik zu werden. Es braucht dringend ein Umdenken und mehr Ausgabendisziplin. Die Politik muss sofort das Ausgabenwachstum vor allem in jenen Bereichen mit starkem Wachstum drosseln. Dann brauchen wir für einen stabilen Staatshaushalt auch keine Sparprogramme.